



# **Niederschrift**

## **Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg**

19. Wahlperiode - 20. Sitzung

am Dienstag, dem 31. August 2021, 12:30 Uhr,  
als Videokonferenz

### **Anwesende Abgeordnete**

Kai Vogel (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Lukas Kilian (CDU)

Barbara Ostmeier (CDU)

Tobias von Pein (SPD)

Kathrin Bockey (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stephan Holowaty (FDP)

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Peter Lehnert (CDU)

(Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.)

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Wohnungsmarktentwicklung</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Vorstellung des Schienengutachtens ODeS und mögliche Auswirkungen auf den Schienenverkehr der Freien und Hansestadt Hamburg</b>	<b>6</b>
<b>3.</b>	<b>Ausbau der Radschnellwege zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein</b>	<b>7</b>
<b>4.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>8</b>

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, eröffnet die Sitzung um 12:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

## **1. Wohnungsmarktentwicklung**

Herr Dr. Krüger, Leiter des Wohnraumförderungsreferats im Innenministerium, berichtet, die Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein, insbesondere in der Metropolregion, sei in Bezug auf die Koordinierung des Wohnungsbaus eng. Die Landesregierung lege ihren Fokus derzeit auf die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums. Aufgrund der gestiegenen Bodenpreise im unmittelbaren Hamburger Umland gerate das weitere Umland immer mehr in den Fokus. Insgesamt sei die Lage auf dem Wohnungsmarkt im engeren wie weiteren Hamburger Umland angespannt; so seien 2017 noch 16 % der Mietverträge unter einer Nettokaltmiete von 8 €/m<sup>2</sup> abgeschlossen worden, 2019 lediglich 9 %.

Abg. Vogel verweist auf die Arbeitsgruppe zur Wohnraumentwicklung in der Metropolregion infolge des OECD-Berichts. Insgesamt finde Wohnraumentwicklung in den vier beteiligten Bundesländern sehr unterschiedlich statt, insbesondere gebe es einen Interessengegensatz zwischen Hamburg, das an der Schaffung von mehr Wohnraum im Umland interessiert sei, und den dafür infrage kommenden Kommunen, die häufig zögerlich seien. - Abg. Holowaty verweist diesbezüglich auf die Bedeutung der Straßeninfrastruktur, deren Entwicklung einer adäquaten Begleitung durch den LBV SH bedürfe. - Abg. Strehlau meint, bei der Infrastruktur dürfe man auch Einrichtungen wie Kitas und Schulen nicht vernachlässigen. - Herr Dr. Krüger berichtet hierzu, der LBV SH sei auf Landesebene durchaus eingebunden, jedoch nicht bei der Entwicklung konkreter Projekte vor Ort.

Auf eine Nachfrage des Abg. Holowaty zu den Baukosten erläutert Herr Dr. Krüger, in der Tat seien die reinen Baukosten im Hamburger Rand nicht höher als weiter im Norden, jedoch seien hier teilweise umfangreichere bauliche Anlagen, insbesondere Tiefgaragen, erforderlich, was die Preise deutlich erhöhe. Bei Baukosten von 3.500 € pro m<sup>2</sup> Wohnfläche sei es schwierig, ohne Förderung unter eine Nettokaltmiete von 10 €/m<sup>2</sup> zu gelangen.

Auf eine Rückfrage der Abg. Strehlau zur Frage, ob es eine angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt gebe, weist Herr Dr. Krüger darauf hin, aus rein fachlicher Sicht sei dies für große Teile des Hamburger Rands der Fall. Die formale Feststellung bedürfe jedoch einer Abstimmung mit den jeweiligen betroffenen Kommunen, um nach § 201 a Baugesetzbuch ein Gebiet

mit einem angespannten Wohnungsmarkt zu bestimmen. Dies sei jedoch auch eine politische Entscheidung, der er hier nicht vorgreifen wolle.

Zum OECD-Bericht berichtet Herr Dr. Krüger, dieser sei in Bezug auf die Aussagen zum Wohnungsmarkt relativ allgemein geblieben. In der Tat stelle sich die Lage in verschiedenen Regionen innerhalb der Metropolregion unterschiedlich dar.

Abg. Dr. Tietze bringt eine verbindliche Innenentwicklungspotenzialanalyse als Fördervoraussetzung auf. - Herr Dr. Krüger berichtet hierzu, die Logik der Förderprogramme orientiere sich derzeit an der Planungshoheit der Kommunen. Davon unabhängig sei es aber wesentliches Ziel der Landespolitik, entsprechende Potenziale zur Innenverdichtung und -entwicklung zu heben. Seiner Einschätzung nach gebe es derzeit noch keine Schwierigkeiten, bei adäquaten Konzepten sowohl mehrgeschossigen Wohnungsbau als auch Einfamilienhäuserbau zu berücksichtigen.

Abg. Strehlau warnt davor, durch die Bearbeitung innerhalb der Gremien der Metropolregion sowie der infolge des OECD-Berichts entstandenen Arbeitsgruppen Doppelstrukturen aufzubauen. - Herr Dr. Krüger berichtet, da er persönlich sehr eng in den Prozess der Bearbeitung der OECD-Empfehlungen eingebunden sei, könne dies hier vermieden werden.

Abg. Dr. Tietze fragt, ob denn tatsächlich immer eine entsprechende Fokussierung auf Stellplätze erforderlich sei und nicht eher auch eine Orientierung an Möglichkeiten des ÖPNV beziehungsweise Fahrrads zielführend sei. - Abg. Holowaty berichtet als Vorsitzender des Bauplanungsausschusses seiner Gemeinde, in der Tat werde dies vor Ort nicht als echte Alternative wahrgenommen. - Herr Dr. Krüger berichtet, die Schaffung von sicheren Pkw-Unterstellplätzen im direkten Umfeld der Wohnung spiele nach wie vor eine große Rolle.

Abg. Strehlau mahnt den Erhalt der Grünzüge im Hamburger Rand an. - Herr Dr. Krüger berichtet, dies spiele bei der Bearbeitung des Themas zwischen beiden Landesregierungen, aber auch in der Bearbeitung der OECD-Empfehlungen eine große Rolle.

Auf Bitte des Ausschusses sichert Herr Dr. Krüger zu, dem Ausschuss die aktuellen Zahlen der IB.SH sowie die Definition der verschiedenen Gebiete im Hamburger Rand zuzuleiten (Anlagen 1 und 2).

## **2. Vorstellung des Schienengutachtens OdeS und mögliche Auswirkungen auf den Schienenverkehr der Freien und Hansestadt Hamburg**

Der Ausschuss berät kurz mit Herrn Schulz, Bereichsleiter Verkehrsplanung bei der NAH.SH, über die Aspekte des Themas, die in der gemeinsamen Sitzung mit dem hamburgischen Ausschuss anzusprechen sind.

Herr Schulz berichtet, es gebe eine enge Absprache mit Hamburg über die angespannte Verkehrslage und die Neukonzeptionierung des Hamburger S-Bahn-Netzes. Insgesamt bleibe aber das Problem der Knappheit bestehen.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Tietze berichtet Frau Dr. Kapaun, Leiterin des Referats „Öffentlicher Personennahverkehr, Eisenbahnen“ des Wirtschaftsministeriums, der Entwurf des neuen Landesnahverkehrsplans priorisiere bereits einen Teil der OdeS-Maßnahmen. Es wäre förderlich, wenn die Beschlüsse des Zusammenarbeitsausschusses hiermit gleichlaufend wären. - Herr Dr. Tietze entgegnet, der Landesnahverkehrsplan werde derzeit den Kommunen zur Anhörung gegeben. Es sei jedoch wichtig, Hamburg als wichtigen Player hierbei frühzeitig mit zu beteiligen.

Der Ausschuss kommt überein, in seiner gemeinsamen Sitzung mit dem hamburgischen Ausschuss folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Bahnstrecke Tornesch-Uetersen / Güterumgehungsbahn / Ost-West-Querung,
- Bahnstrecke Geesthacht-Bergedorf: Finanzierung, Projektplanung, Möglichkeiten der Beschleunigung des Projekts,
- S-Bahn: Fünf-Minuten-Takt / Zehn-Minuten-Takt, Konsequenzen der Streckenverlängerung und Moderation der Zielkonflikte,
- Nachtverdichtung S 21
- Priorisierung der OdeS-Maßnahmen.

### **3. Ausbau der Radschnellwege zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein**

Frau Druba, Leiterin des Referats für Grundsatzfragen der Verkehrspolitik und Radverkehr des Wirtschaftsministeriums, berichtet, die Metropolregion habe eine umfangreiche Machbarkeitsstudie abgeschlossen und somit neun mögliche Trassen identifiziert, von denen vier grenzüberschreitend zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg verliefen und eine (Bad Schwartau-Groß Grönau) sich ausschließlich in Schleswig-Holstein befinde. Am Weitesten in der Umsetzung befinde sich innerhalb Schleswig-Holsteins die Strecke von Halstenbek bis zur Hamburger Landesgrenze. Die fünf Vorhaben in Schleswig-Holstein bedürften aller einer individuellen Betrachtung, federführend seien jeweils die Landräte beziehungsweise der Bürgermeister der Stadt Lübeck (unabhängig von der Frage der Baulastträgerschaft).

Abg. Vogel fragt, warum Hamburg auf diesem Gebiet schneller vorankomme als Schleswig-Holstein. - Frau Druba antwortet, in der Tat dränge Hamburg hier mehr nach vorn, der Prozess befinde sich jedoch insgesamt nicht in Landeshand. Die Beteiligung der Anlieger sei als wichtiger Aspekt identifiziert worden, sei aber natürlich zeitaufwendig. Zur häufig gehörten Kritik, dass die Förderprogramme des Bundes für Radschnellwege nur unzureichend in Anspruch genommen würden, berichtet sie, dass die Anforderungen hier so hoch seien, dass die als erforderlich identifizierten Projekte in Schleswig-Holstein größtenteils nicht förderfähig wären. In der Tat werde man eher auf eine GVFG-Förderung zurückgreifen.

Abg. Dr. Tietze regt an, die Planungs- und Bautätigkeiten zwischen beiden Bundesländern so zu koordinieren, dass es nicht zu Radschnellwegen komme, die jeweils nur in einem Bundesland fertiggestellt seien. - Frau Druba stimmt ihm zu.

Frau Druba weist darauf hin, dass die Umsetzung Zeit brauche, es sei unabhängig von der bereits erfolgten Beteiligung mit Protesten durch Anwohnerinnen und Anwohnern zu rechnen.

#### **4. Verschiedenes**

Zu dem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Vogel, schließt die Sitzung um 13:40 Uhr.

gez. Kai Vogel  
Vorsitzender

gez. Dr. Sebastian Galka  
Geschäfts- und Protokollführer